

Stand: 20.04.2026 03:17:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26891

"Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation/Cutting; FGM/C) in Bayern: Medizinische Versorgung für Betroffene verbessern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26891 vom 09.02.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/28028 des GP vom 09.03.2023
3. Beschluss des Plenums 18/28192 vom 28.03.2023
4. Plenarprotokoll Nr. 140 vom 28.03.2023



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Andreas Krahl, Susanne Kurz, Claudia Köhler, Eva Lettenbauer, Hep Monatzeder, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Anna Schwamberger, Ursula Sowa, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Hans Urban, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Martin Hagen, Julika Sandt, Dr. Dominik Spitzer, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Helmut Kaltenhauser, Sebastian Körber, Helmut Markwort, Franz Josef Pschierer, Christoph Skutella und Fraktion (FDP)

Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Annette Karl, Martina Fehlner, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Stefan Schuster und Fraktion (SPD)

Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation/Cutting; FGM/C) in Bayern: Medizinische Versorgung für Betroffene verbessern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag verurteilt weibliche Genitalverstümmelung und begrüßt die ersten Schritte beim Aufbau eines bayernweiten Beratungsnetzwerks für von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Mädchen und Frauen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auch die medizinische Versorgung für von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Mädchen und Frauen zu verbessern. Ziel ist insbesondere die Sensibilisierung sowie Aus- und Weiterbildung von medizinischem Personal zum Thema FGM/C und die Schaffung von mehr Anlaufstellen für betroffene Frauen und Mädchen.

Die Staatsregierung soll:

1. Den Aufbau von Sprechstunden für von FGM/C betroffene Mädchen und Frauen, nach dem Vorbild der FGM/C-Sprechstunde am Klinikum rechts der Isar in München, in allen bayerischen Regierungsbezirken unterstützen. Dies soll unter Einbeziehung von etablierten Expertinnen und Experten und Klinika/Universitätsklinika geschehen.
2. Die Einrichtung eines Arbeitskreises fördern, der Empfehlungen für Mindeststandards für die Lehre zum Thema FGM/C für das Medizin- und Hebammenstudium sowie für die Pflegeausbildung und für die ärztliche Weiterbildung in betroffenen Bereichen (mindestens Frauenheilkunde, Pädiatrie, Urologie, (plastische) Chirurgie) erarbeitet und sich um deren nachfolgende Implementierung kümmert. Hierbei

- sind etablierte Expertinnen und Experten und Fachverbände, Hochschulen, die Landesärztekammer usw. einzubeziehen.
3. Die Datenlage zu FGM/C verbessern und die Prävalenz von FGM/C in Bayern belegen, indem regelmäßig belastbare Daten zur FGM/C und zu den damit verbundenen Verläufen erhoben werden (z. B. eine Erhebung der ICD-11-Kodierung für FGM/C).
 4. Eine Datenbank bayerischer FGM/C-Expertinnen und Experten (für die medizinisch somatische, aber auch psychotherapeutische und juristische Versorgung) erstellen.

Begründung:

Aus der Dunkelzifferschätzung von Terre des Femmes aus dem Jahr 2022 geht hervor, dass in Deutschland rund 104 000 von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Frauen und Mädchen leben. Bis zu 17 721 Mädchen gelten als potenziell gefährdet. In Bayern gibt es Schätzungen zufolge knapp 12 000 betroffene Frauen und ca. 5 500 gefährdete Mädchen. Die Staatsregierung hat nach langjährigem Druck der Opposition eine Reihe an Modellprojekten gefördert, um ein Beratungs- und Unterstützungsnetzwerk für die von FGM/C betroffenen Mädchen, Frauen und ihre Familien in ganz Bayern zu schaffen. Das ist ein wichtiger und begrüßenswerter Schritt in die richtige Richtung gewesen. Gleichzeitig muss jedoch die medizinische Versorgung der betroffenen Frauen und Mädchen unbedingt verbessert werden. Aktuell gibt es nur wenige Anlaufstellen für die betroffenen Frauen und ihre Familien, die sich fachlich mit FGM/C auskennen. Diese Stellen sind häufig überlaufen und kommen der Nachfrage nicht hinterher.

Ein herausragendes Beispiel für gute Versorgungsstruktur ist die seit 2021 bestehende Sprechstunde am Klinikum rechts der Isar, die alle zwei Wochen für vier Stunden stattfindet. Zunehmend kommen Betroffene auch in den normalen Sprechstundenzeiten. Die gesonderte Sprechstunde hat die Wahrnehmung für Möglichkeiten der ärztlichen Behandlung bei den Betroffenen erhöht. Die Sprechstunde füllt eine eindeutige Lücke im Versorgungssystem. Teilweise fahren Frauen mehrere Stunden an, um die Sprechstunde zu besuchen. Die zuständigen Ärztinnen rechnen damit, dass der Bedarf weiter steigt. Die Stelle in München ist jedoch keineswegs ausreichend. Mindestens in jedem bayerischen Regierungsbezirk braucht es eine solche Anlaufstelle. Denn betroffene Frauen sind auf ganz Bayern verteilt.

Aus der Fachpraxis ist zu entnehmen, dass wenige Ärztinnen und Ärzte für die Behandlung von FGM/C betroffene Mädchen und Frauen sowie den sensiblen Umgang mit geflüchteten Frauen (oft sind sie hochtraumatisiert) sensibilisiert sind. Es ist in Bayern weiterhin schwierig, Ärztinnen und Ärzte zu finden, die Betroffene behandeln können. Diejenigen, die behandeln, dürfen nicht in Schwierigkeiten geraten. Der brisante Fall von Dr. med. Eiman Tahir, Gynäkologin und Expertin für FGM/C, verdeutlicht die großen Schwierigkeiten, denen die behandelnden Ärztinnen und Ärzte ausgesetzt sind.

Wichtig ist auch, dass Ärztinnen und Ärzte, Hebammen sowie Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger mit dem Thema vertraut gemacht werden und wissen, wie sie betroffene Patientinnen unterstützen und behandeln können. Nicht nur Frauenärztinnen und Frauenärzte sowie Urologinnen und Urologen, sondern auch Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner und insbesondere Kinderärztinnen und -ärzte spielen eine entscheidende Rolle für eine breitflächige Versorgung (und Prävention) und sollten daher sensibilisiert werden.

Aktuell gibt es keine Studien oder belastbare Daten zur Prävalenz von FGM/C in Bayern. Die bisher bekannten Zahlen beruhen lediglich auf den bereits zitierten Dunkelzif-

ferstatistiken der Organisation Terre des Femmes. Viele Daten werden aus dem Ausland eingeholt, v. a. aus den Ländern, die mit zentralen (Gesundheits-)Datenregistern arbeiten.¹

¹ Quellen: „Female Genital Mutilation in Deutschland – erkennen und behandeln“ (En Nosse, von Saldern, Schmidt et al.) und „Female Genital Mutilation Sprechstunde für Frauen und Mädchen mit Female Genital Mutilation in der Münchner Universitätsfrauenklinik rechts der Isar“ (von Saldern)



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Julika Sandt, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP), Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 18/26891

Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation/Cutting; FGM/C) in Bayern: Medizinische Versorgung für Betroffene verbessern

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung in folgender Fassung:

„Der Landtag verurteilt weibliche Genitalverstümmelung und begrüßt die ersten Schritte beim Aufbau eines bayernweiten Beratungsnetzwerks für von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Mädchen und Frauen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert sich weiterhin dafür einzusetzen, dass auch die medizinische Versorgung für von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Mädchen und Frauen verbessert wird. Ziel ist insbesondere die Sensibilisierung sowie Aus- und Weiterbildung von medizinischem Personal zum Thema FGM/C und die Schaffung von mehr Anlaufstellen für betroffene Frauen und Mädchen.

1. Die Staatsregierung soll im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel den Aufbau von Sprechstunden für von FGM/C betroffene Mädchen und Frauen, nach dem Vorbild der FGM/C-Sprechstunde am Klinikum rechts der Isar in München, in allen bayerischen Regierungsbezirken unterstützen. Dies soll unter Einbeziehung von etablierten Expertinnen und Experten und Klinika/Universitätsklinika geschehen.
2. Der Landtag regt an, einen Arbeitskreis einzurichten, der Empfehlungen für Mindeststandards für die Lehre zum Thema FGM/C für das Medizin- und Hebammenstudium sowie für die Pflegeausbildung und für die ärztliche Weiterbildung in betroffenen Bereichen (mindestens Frauenheilkunde, Pädiatrie, Urologie, (plastische) Chirurgie) erarbeitet und sich um deren nachfolgende Implementierung kümmert. Hierbei sind etablierte Expertinnen und Experten und Fachverbände, Hochschulen, die Landesärztekammer usw. einzubeziehen.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die Prävalenz von FGM/C in Bayern zu berichten und darüber zu informieren, wo betroffene Frauen eine medizinisch somatische, aber auch psychotherapeutische und juristische Versorgung erhalten.
4. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB) wird gebeten, über die Terminservicestelle unter der Rufnummer 116 117 Betroffene an in diesem Bereich erfahrene und spezialisierte Expertinnen und Experten zu vermitteln.“

Berichterstatlerin: **Gülseren Demirel**
Mitberichterstatlerin: **Carolina Trautner**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 85. Sitzung am 14. Februar 2023 beraten und einstimmig in der in I. enthaltenen Fassung Zustimmung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Antrag in seiner 95. Sitzung am 9. März 2023 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Markus Büchler, Kerstin Celina, Maximilian Deisenhofer, Anne Franke, Patrick Friedl, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Christian Hierneis, Paul Knoblach, Andreas Krahl, Susanne Kurz, Claudia Köhler, Eva Lettenbauer, Hep Monatzeder, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Anna Schwamberger, Ursula Sowa, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig, Gabriele Triebel, Hans Urban, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

Martin Hagen, Julika Sandt, Dr. Dominik Spitzer, Alexander Muthmann, Matthias Fischbach, Albert Duin, Dr. Wolfgang Heubisch, Dr. Helmut Kaltenhauser, Sebastian Körber, Helmut Markwort, Franz Josef Pschierer, Christoph Skutella und Fraktion (FDP),

Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Christian Flisek, Diana Stachowitz, Annette Karl, Martina Fehlner, Natascha Kohnen, Volkmar Halbleib, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Harald Güller, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Stefan Schuster und Fraktion (SPD)

Drs. 18/26891, 18/28028

Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation/Cutting; FGM/C) in Bayern: Medizinische Versorgung für Betroffene verbessern

Der Landtag verurteilt weibliche Genitalverstümmelung und begrüßt die ersten Schritte beim Aufbau eines bayernweiten Beratungsnetzwerks für von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Mädchen und Frauen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass auch die medizinische Versorgung für von weiblicher Genitalverstümmelung betroffene Mädchen und Frauen verbessert wird. Ziel ist insbesondere die Sensibilisierung sowie Aus- und Weiterbildung von medizinischem Personal zum Thema FGM/C und die Schaffung von mehr Anlaufstellen für betroffene Frauen und Mädchen.

1. Die Staatsregierung soll im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel den Aufbau von Sprechstunden für von FGM/C betroffene Mädchen und Frauen nach dem Vorbild der FGM/C-Sprechstunde am Klinikum rechts der Isar in München in allen bayerischen Regierungsbezirken unterstützen. Dies soll unter Einbeziehung von etablierten Expertinnen und Experten und Klinika/Universitätsklinika geschehen.

2. Der Landtag regt an, einen Arbeitskreis einzurichten, der Empfehlungen für Mindeststandards für die Lehre zum Thema FGM/C für das Medizin- und Hebammenstudium sowie für die Pflegeausbildung und für die ärztliche Weiterbildung in betroffenen Bereichen (mindestens Frauenheilkunde, Pädiatrie, Urologie, (plastische) Chirurgie) erarbeitet und sich um deren nachfolgende Implementierung kümmert. Hierbei sind etablierte Expertinnen und Experten und Fachverbände, Hochschulen, die Landesärztekammer usw. einzubeziehen.
3. Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die Prävalenz von FGM/C in Bayern zu berichten und darüber zu informieren, wo betroffene Frauen eine medizinisch somatische, aber auch psychotherapeutische und juristische Versorgung erhalten.
4. Die Kassenärztliche Vereinigung Bayern (KVB) wird gebeten, über die Terminservicestelle unter der Rufnummer 116 117 Betroffene an in diesem Bereich erfahrene und spezialisierte Expertinnen und Experten zu vermitteln.

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 7)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 7)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Bei Enthaltung der Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos) und Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Wir nehmen morgen um 9 Uhr die Sitzung auf mit dem Einzelplan 07. Die heutige Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Feierabend.

(Schluss: 19:24 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über eine Verfassungsstreitigkeit und die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 6)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. März 2023 (Vf. 8-IX-23) betreffend Vorlage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration vom 10. März 2023 betreffend den Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens „Radentscheid Bayern“

PII-G1310.23-0001

Drs. 18/28131 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 II. Die gesetzlichen Voraussetzungen für die Zulassung des Volksbegehrens sind nicht gegeben.
 III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Josef Schmid bestellt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ohne	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Die AfD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Zustimmung**“ zugrunde zu legen.

5. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Dr. Ute Eiling-Hütig, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU
Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel II:
Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf in der Pflege!
Drs. 18/26050, 18/28010 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel III:
Attraktivität der Pflegeausbildung weiter steigern
Drs. 18/26051, 18/28011 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH

7. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU
Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel IV: Pflegefachkräfte gewinnen und zugleich Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen – eine gesamteuropäische Aufgabe
Drs. 18/26052, 18/28012 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel XI: Hebammen-Studienplätze weiter ausbauen, Masterstudiengang vorbereiten
Drs. 18/26059, 18/28018 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel XII: Vergütung nach dem Vorbild der Hebammen-Studienplätze einführen
Drs. 18/26060, 18/28019 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel XIII: Steuerrecht anpassen, höhere Freibeträge für nebenberufliche Dozentinnen und Dozenten
Drs. 18/26061, 18/28101 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel XIV: Steuerrecht anpassen, Steuerfreiheit für Springerdienste und Wechselschichten
Drs. 18/26062, 18/28102 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	Z	ENTH	ENTH

18. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU
Medizinische und pflegerische Versorgung weiter voranbringen, entschieden gegen den Fachkräftemangel XV:
Informations- und Öffentlichkeitskampagne für die Pflege
Drs. 18/26063, 18/28020 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ENTH	A	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel, Alfons Brandl u.a. CSU
Erhalt der heimischen Tierproduktion – Nein zum Ausverkauf der deutschen Landwirtschaft durch die Bundesregierung!
Drs. 18/26265, 18/28001 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ENTH	ENTH	ENTH

26. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Jürgen Baumgärtner, Kerstin Schreyer, Josef Zellmeier u.a. CSU Mietwohnungsbau ankurbeln
Drs. 18/26381, 18/28008 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

27. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Harmonisierung der Prüfungen des Medizinischen Dienstes und der Fachstelle für Pflege- und Behinderteneinrichtungen – Qualitätsentwicklung und Aufsicht
Drs. 18/26426, 18/28025 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Europawahl ab 16: Initiative für politische Bildung starten
Drs. 18/26431, 18/28029 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Büchler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Qualitätsdaten des Schienenpersonennahverkehrs
im Internet veröffentlichen
Drs. 18/26887, 18/28006 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülsezen Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Martin Hagen, Julika Sandt, Dr. Dominik Spitzer u.a. und Fraktion (FDP), Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Bekämpfung von weiblicher Genitalverstümmelung
(Female Genital Mutilation/Cutting; FGM/C) in Bayern:
Medizinische Versorgung für Betroffene verbessern
Drs. 18/26891, 18/28028 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Annette Karl, Martina Fehlner u.a. SPD
Den Green Deal als Chance für die bayerische
Landwirtschaft nutzen – Bayerische Studie veranlassen
Drs. 18/27706, 18/27971 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

